

Sonderermittler ermittelt bereits sonderbar

Ausserordentlicher Bundesanwalt Ein unerfahrener Staatsanwalt soll ab Mittwoch gegen Ex-Bundesanwalt Michael Lauber vorgehen. Er hat schon unorthodox losgelegt.

Thomas Knellwolf

Den wohl heissesten Ermittlerjob der Schweiz soll ein Jurist bekommen, der über null Erfahrung als ziviler Staatsanwalt verfügt. Alles sieht danach aus, dass die Vereinigte Bundesversammlung am Mittwoch Stefan Keller zum ausserordentlichen Bundesanwalt wählt. Der Richter aus Obwalden soll eine Strafuntersuchung wegen der Geheimtreffen des abgetretenen Bundesanwalts Michael Lauber mit Fifa-Präsident Gianni Infantino führen.

Gegen Infantino hat Keller bereits losgelegt. Die ersten Amtshandlungen muten unkonventionell an. So verwendete Keller, der auch Militärgerichtsschreiber ist, für Briefe an Verfahrensparteien Militärcouverts. Den Aufdruck «Schweizerische Eidgenossenschaft» liess er stehen, «Militärsache» strich er mit Filzstift durch. Zudem verschickte er aus den Ferien staatsanwaltsschaftliche Post. Schreiben mit Vermerk «Sarnen, den...» waren mit deutschen Briefmarken und Poststempeln versehen.

Neunseitiger Lebenslauf

Ordentliche Staatsanwälte würden weder das eine noch das andere tun, doch Keller war nie ordentlicher Staatsanwalt. In seinem 44 Lebensjahren hat er viele Tätigkeiten ausgeübt.

Sein Curriculum Vitae, neun Seiten lang, umfasst Tätigkeiten wie Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Wettbewerbskommission, Gerichtsschreiber in der strafrechtlichen Abteilung des Bundesgerichts oder Präsident des Mietverbands Deutschfreiburg. Heute erlaubt ein 55-Prozent-Pensum als Obergerichtspräsident in Obwalden Keller das Schreiben einer Habilitation. Thema: Gesamtarbeitsvertrag. An Hochschulen lehrt Keller Sozialversicherungs- und Kartellrecht.

Nun aber soll ausgerechnet der Schaffhauser, der in Sachseln



Seine Wahl scheint Formsache zu sein: Stefan Keller. Foto: Keystone

OW lebt, mit der wohl exponiertesten Strafuntersuchung der Schweiz betraut werden. Die Wahl zum Sonderermittler für die Geheimtreffen Laubers und Infantinos scheint Formsache. Gegenkandidaten gibt es keine.

Die Gerichtskommission kam «nach der Anhörung und der Prüfung des Dossiers von Herrn Keller zum Schluss, dass dieser über die nötigen beruflichen Erfahrungen und Qualitäten verfügt, um die Aufgaben als ausserordentlicher Bundesanwalt ausführen zu können».

Keller sagte kürzlich gemäss «Obwaldner Zeitung», dass er «das nötige Rüstzeug» als Gerichtsschreiber und als Richter

sowie «als militärischer Untersuchungsrichter und Staatsanwalt» erworben habe. Tatsächlich war er vier Jahre lang militärischer Auditor. Auditoren üben in der Regel im WK wenige Wochen jährlich staatsanwaltliche Funktionen aus. Die eigentlichen Strafuntersuchungen werden aber nicht von ihnen, sondern von Profis der Militärpolizei geführt.

Die Fälle der Militärjustiz sind meist überschaubar. Selten kommt es zu grösseren Strafuntersuchungen. Doch wie war es bei Keller? Dieser will keine Auskunft gegeben. «Grosse Fälle», schreibt er nur, «die es zweifellos gegeben hat, sind keine Jagdtrophäen, die man – und ich

schon gar nicht – öffentlich ausbreitet.»

Eine Übersicht des Oberauditorats über rund fünfzig Verfahren, die Major Keller in den Jahren 2013 bis 2016 abschloss, gibt für grössere Fälle keine Anhaltspunkte. Beim Grossteil der Verfahren ging es um Angehörige der Armee, welche einen Dienst versäumt oder verweigert hatten. Hinzu kamen Delikte wie Fahren in angetrunkenem Zustand, Verletzung von Verkehrsregeln oder Diebstähle in Uniform.

Gänzlich unbefangen

In früheren Fällen von Ermittlungen gegen Staatsanwälte des Bundes kamen jeweils erfahrene kantonale (Ex-)Staatsanwälte zum Zug. Die Schweizerische Staatsanwälte-Konferenz führt eine Liste möglicher ausserordentlicher Verfahrensleiter. Die rund 50 aufgeführten Fachleute haben bereits medienwürdige und politisch heikle Fälle untersucht. Keller gehört nicht dazu.

Aus Sicht der AB-BA scheint dies ein Vorteil zu sein. Die Aufsichtsbehörde schreibt, sie habe «im vorliegenden Fall die Kriterien des fehlenden Interessenkonflikts und der Unabhängigkeit besonders hoch» gewichtet. Lauber war zuletzt Vizepräsident der Staatsanwälte-Konferenz. Auch die Gerichtskommission ist laut ihrem Präsidenten Andrea Caroni angetan von der «hohen Unabhängigkeit» Kellers. Daneben spielten Kriterien wie Kontinuität und «strafrechtliches Fachwissen» eine entscheidende Rolle für die Nominierung.

Der Verteidiger von Gianni Infantino hat die Behörden mehrfach danach ersucht, einen erfahrenen Staatsanwalt einzusetzen. «Es geht uns nicht um die Person Keller und nicht darum, das Verfahren zu verhindern», sagt Anwalt David Zollinger. «Aber Staatsanwalt ist ein Beruf, der eine Ausbildung und bei komplexeren und exponierteren Fällen Erfahrung voraussetzt.»

SP droht mit Boykott, um die SVP abzustrafen

Bundesrichter Die Sozialdemokraten erwägen, keinen Kandidaten der SVP zu wählen.

38 Richterinnen und Richter amtierenden am höchsten Schweizer Gericht, 37 davon stehen am kommenden Mittwoch zur Wiederwahl. Doch wie unabhängig sind die Richter, die sich alle sechs Jahre der Wiederwahl stellen müssen, vom Parlament, das sie wählt? Die SVP lässt mit Yves Donzallaz einen ihrer Richter fallen, weil er nicht im Sinne der Partei urteilt. SVP-Fraktionschef Thomas Aeschi bekräftigte vergangene Woche in dieser Zeitung die Attacke. Parlamentarier reagierten empört: Aeschi verteidigte die Unabhängigkeit der Justiz nicht ansatzweise.

Nun reifte bei der SP offenbar die Absicht, darauf mit ähnlichem Geschütz zu reagieren. Die Fraktion diskutiert derzeit die Option, allen zur Wiederwahl stehenden SVP-Richtern die Stimme zu verweigern. Das sagt SP-Präsident Christian Levrat im «SonntagsBlick».

Keine Unterstützung von anderen Parteien

Die SP wollte die Richterwahlen auf den Winter verschieben, kam damit aber beim Büro der Vereinigten Bundesversammlung nicht durch. Sie wird es am Mittwoch nochmals versuchen. Wenn das nicht gelingt, ist laut Levrat ein Boykott der SVP-Richter eine Option. In der SP hat das Szenario offenbar gute Chancen.

Nicht jedoch bei anderen Parteien. Am ehesten würde die SP bei den Grünen Verbündete finden, doch dort ist die Meinung nicht einheitlich. Nur schon eine Verschiebung der Richterwahlen können sich nur vereinzelte grüne Parlamentarier vorstellen, verbunden mit einer vertieften Prüfung der richterlichen Unabhängigkeit durch die Gerichtskommission. Darunter Parteichef Balthasar Glättli.

Anders der Glarner Ständerat Mathias Zopfi. «Die SVP verpolitisiert die Richterwahlen, was absolut falsch ist. Doch darauf sollten wir anderen Parteien nicht mit noch mehr Verpolitisierung reagieren», sagt der Rechtsanwalt. Er sei dafür, dass die Geschäftsprüfungskommission überprüfe, ob die SVP-Richter



SP-Parteipräsident Christian Levrat. Foto: Keystone

beziehungsweise die Bundesrichter generell übermässig beeinflussen würden. Doch dies mit mehr inhaltlicher und zeitlicher Distanz.

«Wir brauchen am 1. Januar ein neues Bundesgericht. Sollten die Wahlen im Dezember nicht stattfinden können, hätten wir ein Problem», sagt Zopfi. Glättli hingegen behält sich vor, einer Verschiebung zuzustimmen. Die angedrohte Nichtwahl der SVP-Richter hingegen hält er für «Theaterdonner». Das sei kein geeignetes Mittel, um die SVP zur Raison zu bringen.

Die bürgerlichen Parteien können den Plänen der SP erst recht nichts abgewinnen. «Eine Verschiebung – warum und wozu?», fragt CVP-Fraktionschefin Andrea Gmür. Was die SVP mache, sei zu verurteilen. Dass aber andere Parteien nur schon daran dächten, es der SVP gleichzutun und Richtern ohne Grund die Wiederwahl zu verweigern, verstehe sie überhaupt nicht. «Parteilpolitische Geplänkel haben bei Richterwahlen nichts verloren. Die Unabhängigkeit der Justiz muss zu jedem Zeitpunkt gewährleistet sein.»

Laut Grünliberalen-Präsident Jürg Grossen wäre die kollektive Nichtwahl «ein klarer Fehler. Man würde die Institution weiter schwächen und der Bevölkerung signalisieren, dass wir mit dem Bundesgericht ein Problem haben. Doch wir haben kein Problem mit dem Gericht, sondern mit der SVP.» FDP-Fraktionschef Beat Walti hält einen Wahlboykott für «undenkbar». Auf die Respektlosigkeit der SVP reagiere die SP mit «Doppelzüngigkeit», so der Zürcher.

Claudia Blumer

ANZEIGE

Darum sagen alle Natur- und Tierschutzorganisationen NEIN:

Das Jagdgesetz ist ein grün verkleidetes Abschuss-Gesetz. Durchgeboxt von Verbands- und Sonderinteressen.

Nur ein NEIN bringt endlich wirksamen Schutz für unsere einheimischen Wildtiere.



pro natura



BirdLife SVS/BirdLife Schweiz



27. Sept. 2020

Nein

Jagd-Gesetz

Verein «Jagdgesetz NEIN», Dornacherstr. 192, 4018 Basel jagdgesetz-nein.ch

Der Schweiz. Forstverein, das Bergwaldprojekt und Pro Silva sagen NEIN. Ebenso alle Schweizer Natur- und Tierschutzorganisationen sowie zahlreiche National- und Ständeräte aus allen Lagern. Und die Parteien EVP, FDP AG/BE/SH, CVP GE/VD, Grünliberale, Grüne Partei, SP.